

# WiR im BRH-BW

## Wissen im Ruhestand

Der elektronische Informationsdienst Bund der Ruhestandsbeamten BW

Ausgabe 01 vom 07. Januar 2009

*Allen unseren Leserinnen und Lesern wünschen  
wir ein gutes, gesundes und erfolgreiches  
Jahr 2009*

### Aus dem Inhalt:

- 01 Berlins Innensenator verlangt Kürzungen für Frühpensionäre**
- 02 Post will Briefträger einstellen**
- 03 Sachverständige wollen keine Prognosen mehr abgeben**
- 04 Weltmeister im Sparen?**
- 05 Betriebliche Altersversorgung in Deutschland verhältnismäßig sicher**
- 06 Streichung des Weihnachtsgeldes für ehemalige Postbeamte verfassungswidrig?**
- 07 Private Krankenversicherungen mit gutem Polster**
- 08 Bundesverfassungsgericht verhandelt über "Basistarif"**
- 09 Eine Million Riester-Verträge schon wieder gekündigt**

#### **01 Berlins Innensenator verlangt Kürzungen für Frühpensionäre**

Der Berliner Innensenator Ehrhart Körting (SPD) will die Versorgung für Beamte kürzen, die wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig in den Ruhestand gehen. Wer nach wenigen Dienstjahren dienstunfähig wird, soll nicht mehr Anspruch auf die Mindestversorgung in Höhe von derzeit 1.226 Euro haben. Ausnahmen soll es nur für Beamte geben, die im Dienst verletzt wurden. Wie der „Tagesspiegel“ dazu schreibt, sollen es in erster Linie Vollzugsbeamte von Polizei und Justiz sein, die vorzeitig dienstunfähig werden. Im Abgeordnetenhaus von Berlin haben sich der CDU-Abgeordnete Sven Rissmann und der FDP-Abgeordnete Björn Jotzo lobend über die Pläne Körtings geäußert.

#### **02 Post will Briefträger einstellen**

Die Post will zusätzliche Briefträger einstellen, um den Protesten ihrer Kunden wegen verspäteter Zustellungen gegenzusteuern. Jahrelang hat die Post die Zahl ihrer Briefträger verringert, und zwar seit der Privatisierung um rund ein Fünftel von 100.000 auf 80.000. In letzter Zeit haben sich Beschwerden der Kunden insbesondere in den Ballungszentren Hamburg, Köln und Nürnberg summiert. Die Post, die die Hälfte ihres Gewinns aus dem Briefgeschäft bezieht, hatte die Probleme lange Zeit heruntergespielt. Jetzt heißt es, die Post wolle rund 1.300 ehemaligen Auszubildenden eine unbefristete Stelle anbieten. Außerdem sollen

etwa 1.000 Kräfte mit Zeitvertrag weiter beschäftigt werden. Eigentlich hatte die Post durch Personalmaßnahmen rund eine Mrd. Euro einsparen wollen.

### **03 Sachverständige wollen keine Prognosen mehr abgeben**

Die „Wirtschaftsweisen“ zeigen sich zum Ende des Jahres ungewohnt selbstkritisch. Ihre allgegenwärtigen Sprecher diskutieren ernsthaft, ob sie auf Prognosen über die voraussichtliche weitere wirtschaftliche Entwicklung mindestens derzeit verzichten sollten. Das hat jedenfalls vorgeschlagen Klaus Zimmermann, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), das in erster Linie finanziert wird vom Bund und vom Land Berlin. In einem Zeitungsinterview meinte Zimmermann, die derzeitige Krise sei „so spezifisch, dass wir sie nicht erfassen können“. Schlechte Prognosen könnten die Krise verschärfen. Auch Bert Rürup hat sich geäußert, dass man sich derzeit nicht äußern kann. Die Situation sei einzigartig und mache Prognosen unmöglich. Eine Wirtschaftszeitung hat die Prognosen der Institute für das Jahr 2008 verglichen. Am besten abgeschnitten hat das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, das von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung getragen wird, am schlechtesten das DIW.

### **04 Weltmeister im Sparen?**

Elf Prozent ihres Einkommens sparen die Deutschen derzeit, mehr als in jedem anderen Industrieland. Doch diese Durchschnittszahl täuscht, denn gespart wird nur in den oberen Einkommensgruppen, während der Anteil der Haushalte wächst, die überhaupt nicht sparen können. Erst bei einem Nettoeinkommen in Höhe von rund 2.000 Euro monatlich kann Geld zurückgelegt werden, und zwar durchschnittlich 4,5 Prozent. Liegt das verfügbare Einkommen zwischen 2.600 und 3.600 Euro, werden neun Prozent zurückgelegt; 22 Prozent werden gespart bei Nettoeinkommen zwischen 5.000 und 18.000 Euro. Der Durchschnittsbetrag von elf Prozent taugt deshalb nur für die Statistik. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Volker Wisching, der Einzelheiten von der Bundesregierung erfragt hat, zieht Bilanz: „Die Zahlen verdeutlichen, wie schwer es für weite Teile der Bevölkerung ist, eine private Altersvorsorge aufzubauen“.

### **05 Betriebliche Altersversorgung in Deutschland verhältnismäßig sicher**

Deutschlands betriebliche Altersversorgung steht verhältnismäßig gut da, jedenfalls "deutlich besser als US-amerikanische oder britische Pensionspläne, die uns in Deutschland in Schönwetterzeiten so oft als leuchtendes Beispiel vorgehalten wurden", meint ein deutscher Fachmann zur Finanzkrise. Insbesondere in den USA ergäben sich riesige Finanzierungslücken, was die älteren Menschen dort dazu zwingen könnte, nicht mit 67 Jahren in Rente zu gehen, sondern "weit über das 70. Lebensjahr hinaus arbeiten" zu müssen. In Deutschland erweise sich die "Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung über die oft als langweilig gescholtenen Lebensversicherungen, rückgedeckte Unterstützungskassen und traditionell finanzierte Pensionskassen mit einem hohen Anteil risikoarmer Kapitalanlagen" als vergleichsweise sicher, meint der Experte.

### **06 Streichung des Weihnachtsgeldes für ehemalige Postbeamte verfassungswidrig?**

Das Bundesverwaltungsgericht hält die Streichung des "Weihnachtsgeldes" für frühere Postbeamte durch die Telekom für verfassungswidrig und hat die Sache dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt. Zwar könne das Weihnachtsgeld abgesenkt oder auch ganz abgeschafft werden, doch müsse dies dann für alle Beamte desselben Dienstherrn in gleicher Weise gelten, meint das Bundesverwaltungsgericht (Az. 2 C 121.07). Es sei nicht zulässig, einzelne Gruppen von Bundesbeamten ohne hinreichenden Grund von einem solchen Besoldungsbestandteil auszuschließen. Dass die Telekom im Wettbewerb stehe und bestrebt sei, alle Mitarbeiter nach einheitlichen Grundsätzen zu entlohnen, könne nicht als Grund aus-

reichen, die Besoldung von Beamten, die von der Post übernommen worden sind, einzuschränken.

### **07 Private Krankenversicherungen mit gutem Polster**

Die privaten Krankenversicherungen (PKV) haben ihre "Altersrückstellungen" zwischen 1997 und 2007 mehr als verdreifacht. Diese Rückstellungen, die in der Versicherungsprämie enthalten sind, sollen den höheren Krankheitskosten im Alter entgegenwirken. Vor zehn Jahren hatten die privaten Krankenversicherungen 38,5 Milliarden Euro als Rücklage für Kranken- und Pflegeversicherung ausgewiesen, 2007 waren es 123,5 Milliarden Euro. Allein im Jahr 2007 sind die Rücklagen um rund zehn Milliarden Euro gestiegen. Sie werden in erster Linie in festverzinslichen Wertpapieren, teilweise auch in Aktien angelegt.

### **08 Bundesverfassungsgericht verhandelt über "Basistarif"**

Die Verfassungsbeschwerden der privaten Krankenversicherungen gegen den "Basistarif" stehen offenbar nicht gut, berichten Beobachter nach der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht. Die Privatversicherer hatten insbesondere vorgebracht, dass der ihnen aufgezwungene neue Tarif von allen übrigen Versicherten subventioniert werden müsse. Zwei Sachverständige, darunter der unvermeidliche Bert Rürup, bezweifelten, dass der „Basistarif“ die Prämien tatsächlich verteuert. Die Sachverständigen beanstandeten, dass die privaten Krankenversicherungen ihnen die erforderlichen Daten nicht zur Verfügung gestellt hätten.

### **09 Eine Million Riester-Verträge schon wieder gekündigt**

Rund eine Million Verträge, mit denen eine Riester-Rente aufgebaut werden sollte, sind inzwischen gekündigt worden. Damit haben die Sparer ungefähr jeden zehnten Vertrag vorzeitig beendet, so dass er nicht zur Altersversorgung genutzt werden kann. Verbraucherschützer bemängeln, dass die Verträge häufig intransparent und teuer sind. Vor allem die hohen Provisionen, die bei Vertragsabschluss anfallen, werden beanstandet.

Die Tendenz war absehbar. Schon bisher wird nur jeder zweite Lebensversicherungsvertrag bis zur Fälligkeit durchgehalten. Die andere Hälfte wird mit erheblichen Verlusten für den Versicherten vorzeitig gekündigt.

Die Ausgabe erscheint anlassbezogen